

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal, Wuppertal

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	2025 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	147.288.585,36	134.946.898,75
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.052.352,49	1.783.211,97
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.110.473,67	-4.955.735,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-40.170.091,48	-34.868.857,19
c) Entsorgungskosten	-13.186.052,51	-13.494.716,45
d) BEHG-Umlage	-10.730.086,21	-9.114.233,88
	-69.196.703,87	-62.433.542,94
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-30.088.206,82	-28.375.121,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 3.005.789,70 € (3.422.818,73 €)	-9.131.523,91	-8.901.820,87
	-39.219.730,73	-37.276.942,29
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-11.814.444,88	-10.062.901,46
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.145.243,36	-15.625.781,44
7. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 548.233,00 € (600.000,00 €)	548.233,00	600.000,00
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	721,61	457,76
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 65.651,09 € (387.999,54 €)	318.442,14	900.195,93
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 48.125,45 € (43.550,36 €) Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 266.641,37 € (233.080,30 €)	-1.722.918,62	-1.418.858,88
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.023.228,47	-2.076.453,35
12. Ergebnis nach Steuern	9.086.064,67	9.336.284,05
13. Sonstige Steuern	-1.005.661,80	-899.121,58
14. Jahresergebnis vor Ergebnisabführung	-8.080.402,87	-8.437.162,47
15. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	8.080.402,87	8.437.162,47
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal, Wuppertal

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal hat ihren Sitz in Wuppertal und wird im Handelsregister des Amtsgerichts Wuppertal unter HRB 3827 geführt.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt worden.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag die Größenmerkmale einer großen Kapitalgesellschaft auf.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) in Staffelform aufgestellt.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31. Dezember 2024 sind unverändert übernommen worden.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der bisher verrechneten Abschreibungen angesetzt. Hierbei wird ausschließlich von der linearen Abschreibungsmethode Gebrauch gemacht. Die Abschreibung erfolgt nach Maßgabe der betriebsindividuellen Nutzungsdauer des jeweiligen Anlagegutes. Diese liegen zwischen 33 und 50 Jahren bei Gebäuden und zwischen 1 und 13 Jahren bei beweglichen Anlagengütern.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden entsprechend der steuerlichen Vorgaben nach § 6 Abs. 2 EStG im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen aktiviert. Die Ersatzteile, Magazinmaterial und Waren sind zu Anschaffungskosten oder zu den niedrigeren Marktwerten angesetzt und einzeln bewertet.

Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt. Abgesehen von handelsüblichen Eigentumsvorbehalten sind die Vorräte frei von Rechten Dritter.

Anlage 3/2

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Nominalbeträgen bewertet. Ausfallrisiken zu Forderungen werden durch Einzelwertberichtigungen oder Abschreibungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die liquiden Mittel werden zu Nominalwerten ausgewiesen.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind für 2026 vorausbezahlte Aufwendungen abgegrenzt.

Das Eigenkapital wird zum Nominalwert bewertet.

Die Pensionsrückstellungen sind mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G nach Prof. Dr. Klaus Heubeck (PUC-Verfahren) angesetzt. Sie betreffen nur laufende Leistungen. Unter Zugrundelegung eines Rententrends von 1,0 % wurden jeweils die durchschnittliche Lebenserwartung ermittelt und die entsprechenden Zinssätze für den 10-jährigen Betrachtungszeitraum berücksichtigt.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt -152,4 T€ (Vorjahr -60,2 T€).

Die übrigen Rückstellungen werden entsprechend § 249 Abs. 1 HGB in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind nach Maßgabe von § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst.

Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen nach dem Blockmodell sind entsprechend IDW RS HFA 3 unter Verwendung des Zinssatzes, der der Restlaufzeit des jeweiligen Vertrages entspricht, gebildet.

Alle Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

IV. Angaben zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens zeigt der Anlagenspiegel für das Geschäftsjahr 2025.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Gesellschaft	Sitz	Anteil	Eigenkapital	Ergebnis 2025
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH, Wuppertal	Wuppertal	100 %	1.398,5 T€	788,4 T€
BRA Bodenrecyclinganlage Wuppertal GmbH, Wuppertal	Wuppertal	100 %	-167,4 T€	-123,9 T€

Der Fehlbetrag der BRA ist im Wesentlichen aufgrund von Anlaufverlusten entstanden. Laut Wirtschaftsplan wird für das nächste Jahr davon ausgegangen, dass das geplante positive Jahresergebnis erheblich zu einer positiven Eigenkapitalentwicklung führt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegen einen Gesellschafter in Höhe von 2.822,2 T€ (Vorjahr 2.712,9 T€).

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 9.190,6 T€ (Vorjahr 5.389,4 T€) und aus sonstigen Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 809,7 T€ (Vorjahr 599,3 T€). Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden mit 8.335,3 T€ (Vorjahr 8.483,0 T€) für laufende Pensionen ausgewiesen. Es bestehen keine Pensionsanwartschaften.

In den sonstigen Rückstellungen von 14.457,9 T€ (Vorjahr 16.962,9 T€) wurde im Wesentlichen für die Nachsorge der Filterstaubdeponie (3.307,9 T€), den Erfüllungsrückstand aus noch zu vergütenden Energieerlösen (3.326,6 T€), Urlaubs- und Gleitzeitansprüche (3.362,2 T€) und voraussichtliche sowie erwartete Verpflichtungen aus Altersteilzeit (690,8 T€) Vorsorge getroffen.

Zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeit-Wertguthaben der Mitarbeiter sind Fondsanteile verpfändet worden, die als Planvermögen zu qualifizieren sind und mit den entsprechenden Rückstellungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet wurden. Diese Fondsanteile haben einen Zeitwert von 1.807,3 T€ und einen Anschaffungswert von 1.710,9 T€. Der Erfüllungsbetrag der entsprechenden Rückstellungen beläuft sich auf 2.401,7 T€.

Verbindlichkeiten

Zusammensetzung, Restlaufzeiten und Besicherung der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

	Gesamt	Bis 1 Jahr	Über 1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	72.149,9	6.219,2	24.876,9	41.053,8
<i>Vorjahr</i>	78.369,1	6.219,2	24.876,9	47.273,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.289,7	5.289,7	0,0	0,0
<i>Vorjahr</i>	6.428,9	6.428,9	0,0	0,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	17.457,7	17.457,7	0,0	0,0
<i>Vorjahr</i>	13.782,1	13.782,1	0,0	0,0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	3.350,4	3.350,4	0,0	0,0
<i>Vorjahr</i>	<u>2.437,5</u>	<u>2.437,5</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Summe	98.247,7	32.317,0	24.876,9	41.053,8
<i>Vorjahr</i>	101.017,6	28.867,7	24.876,9	47.273,0

Für die Darlehen wurde von der AWG eine Negativerklärung erstellt. Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen teilweise Eigentumsvorbehalte vor.

Anlage 3/4

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von 11.129,8 T€ (Vorjahr 10.958,9 T€), davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 223,3 T€ (Vorjahr 331,2 T€).

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Nicht bilanzierte finanzielle Verpflichtungen bestehen in folgendem Umfang:

Miet- und Leasingverträge

Die Mietzahlungen für gemietete Grundstücke, Gebäude sowie Anlagen belaufen sich auf 757,8 T€ jährlich sowie für langfristige Verpflichtungen (jährlich 1.522,0 T€) auf insgesamt 38.186,2 T€ (bezogen auf die gesamte Vertragslaufzeit).

Weiterhin bestehen Mietverpflichtungen für Fahrzeuge und Maschinen in Höhe von 431,5 T€.

Des Weiteren bestehen umfangreiche EDV-Verträge mit einem Zahlungsvolumen von rd. 319,2 T€ jährlich.

Kontingent- und Energievertrag

Mit der EKOCity GmbH bestehen ein „Bring-or-Pay-Vertrag“ mit einem Jahres-Volumen von 4.004 T€ sowie ein Energieabnahmevertrag mit einem Jahres-Volumen von 13.100 T€. Die Verträge laufen bis 2033; die Volumina werden jährlich neu verhandelt.

V. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der AWG, unterteilt nach Geschäftsbereichen, gliedern sich wie folgt auf:

	2025 T€	2024 T€
Thermik	107.823,7	99.891,0
Sammlung und Transport	39.464,9	34.228,6
Autorecycling	0,0	827,3
	<u>147.288,6</u>	<u>134.946,9</u>

In den vorstehenden Umsatzerlösen ist die BEHG- Umlage in Höhe von insgesamt 10.730,1 T€ (Vorjahr 9.114,2 T€) enthalten, die 1:1 auf die Preise umgelegt wird und sich entsprechend in den Aufwendungen widerspiegelt.

Weiterhin enthalten sind periodenfremde Erlöse in Höhe von insgesamt 1.927,0 T€, die maßgeblich durch nachgeholte Abrechnungen im Bereich der Mitbenutzung des PPK-Erfassungssystems durch die Betreiber der dualen Systeme nach erfolgter Einigung im Berichtsjahr für das Vorjahr entstanden sind.

Die Sparte Autorecycling wurde beendet und entfällt ab dem Berichtsjahr.

VI. Sonstige Angaben

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen

Art der Beziehung	Verkäufe T€	Erbringen von (Dienst-)Leistungen T€	Bezug von (Dienst-)Leistungen T€	Vermietung /Verpachtung T€	Mieten /Pachten T€	Zinsertrag aus Darlehen T€
Gesellschafter	0,0	463,0	687,5	0,0	0,0	65,7
Verbundene Unternehmen	118,8	23.917,1	18.887,8	2.916,0	361,1	0,0
EKOCity	0,0	65.393,2	23.472,0	0,0	0,0	0,0

Mitarbeiter

Im Jahr 2025 waren durchschnittlich 499 (Vorjahr 481) Mitarbeiter beschäftigt, davon:

	2025	2024
Auszubildende	14	15
Vollzeitbeschäftigte	453	435
Teilzeitbeschäftigte	32	31

Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung stellen sich wie folgt dar:

	Fixum	Tantieme	Sachbezug
Sascha Grabowski	289.483 €	0,00 €	5.507 €
Olaf Schmidt	252.149 €	0,00 €	10.831 €

Die vorstehenden Geschäftsführerbezüge beinhalten bei Herrn Grabowski die vertraglich festgelegten Anteile für die Betriebsleiter Tätigkeit für den ESW Eigenbetrieb Straßenreinigung der Stadt Wuppertal (37 % Beteiligung) sowie den Altersvorsorgebeitrag in Höhe von 24 T€ und bei Herrn Schmidt die Versorgung über eine Unterstützungskasse in Höhe von 24 T€.

Für den Fall der Beendigung der Tätigkeit wurden keine Leistungen zugesagt.

Für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung wurden Pensionsrückstellungen entsprechend Textziffer III gebildet und Bezüge in Höhe von 503,0 T€ ausgezahlt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen 58,9 T€ (Vorjahr 56,1 T€), bei einer Grundvergütung in Höhe von 2.804,03 €/Jahr je Mitglied. Der Vorsitzende erhält die 2-fache, die Stellvertreter die 1,5-fache Grundvergütung.

Anlage 3/6

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Im Berichtsjahr 2025 bestand die Geschäftsführung aus nachfolgenden Mitgliedern:

Herr Sascha Grabowski
Herr Olaf Schmidt

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2025 folgende Mitglieder an:

Benjamin	Thuncke	Verwaltungswirt	Vorsitzender (ab Dezember 2025)
Klaus Jürgen	Reese	Geschäftsführer (bis November 2025)	Vorsitzender (bis November 2025)
Tanja	Kreimendahl	Juristin	1. stellv. Vorsitzende
Frank	Braken	Betriebsratsvorsitzender	2. stellv. Vorsitzender
Heinrich-Günter	Bieringer	Pensionär, Polizeibeamter a. D.	
Thorsten	Bunte	Beigeordneter und Kämmerer	
Ulrich T.	Christenn	Pfarrer (ab November 2025)	
Benjamin	Dick	Industriekaufmann	
Willy	Görtz	Technischer Angestellter	
Daniela	Goldbecker	Industriekauffrau	
Philipp	Dr. Güther	Vorstand (ab Februar 2025)	
Thomas	Hahnel-Müller	Geschäftsführer	
Susanne	Herhaus	Industriekauffrau	
Alexander	Dr. Hobusch	Rechtsanwalt (ab November 2025)	
Ralf	Krume	Chemotechniker (ab November 2025)	
Sven	Lindemann	Vorstand (bis Februar 2025)	
Thorsten	Margies	Technischer Angestellter	
Ali	Özgün	Berufskraftfahrer	
Paul-Yves	Ramette	Sozialversicherungsfachangestellter (bis November 2025)	
Sascha	Schäfner	Student (bis November 2025)	
Christoph	Schirmer	Einkaufsleiter (bis November 2025)	
Niklas	Schönfeld	Lehrer (ab November 2025)	
Peter-Edmund	Uibel	Ingenieur	
Sven	Wiertz	Stadtdirektor	

Ferner als beratende Mitglieder:

Markus	Hilkenbach	Vorstandsvorsitzender
Thomas	Prof. Dr. Hoffmann	Geschäftsführer (bis Dezember 2025)

Honorar Abschlussprüfer

Für die Durchführung der Jahresabschlussprüfung sowie der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Haushaltsgrundsätzegesetz wurde ein Honorar in Höhe von 45,5 T€ vereinbart. Für sonstige Beratungsleistungen hat der Abschlussprüfer 9,9 T€ berechnet.

Konzernabschluss

Unmittelbares Mutterunternehmen ist die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, Wuppertal, in deren Konsolidierungskreis der Abschluss der AWG einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird beim elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH ist die Konzernmutter, die für den größten und kleinsten Kreis der Gesellschaften einen Konzernabschluss aufstellt. Die AWG ist daher nach § 291 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 HGB von der Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses befreit.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres im Sinne von § 285 Nr. 33 HGB sind nicht eingetreten. Ob und welche Konsequenzen sich aus der militärischen Auseinandersetzung im Nahen Osten ergeben, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen.

Ergebnisabführung

Auf die im Jahre 2014 abgeschlossene Ergebnisabführungsvereinbarung entfällt ein Aufwand in Höhe von 8.080,4 T€ (Vorjahr 8.437,1 T€).

Wuppertal, 27. Februar 2026

gez. Sascha Grabowski
gez. Olaf Schmidt

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal, Wuppertal
Anlagevermögen zum 31. Dezember 2025

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten			Abschreibungen		Nettobuchwerte					
	1.1.2025 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Zuschüsse €	1.1.2025 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2025 €	31.12.2025 €	
ANLAGEVERMÖGEN											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.979.569,10	32.259,78	0,00	0,00	0,00	2.011.828,88	1.752.014,10	142.228,78	0,00	1.894.242,88	227.555,00
	1.979.569,10	32.259,78	0,00	0,00	0,00	2.011.828,88	1.752.014,10	142.228,78	0,00	1.894.242,88	227.555,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	74.025.410,08	5.766,30	0,00	21.743,18	0,00	74.052.921,56	66.557.726,69	468.188,48	0,00	67.025.915,17	7.467.683,39
2. Technische Anlagen und Maschinen	327.261.894,55	5.698.843,09	0,00	11.203.880,17	164.329,33	344.000.288,48	258.943.767,55	8.011.579,93	0,00	266.955.347,48	68.318.127,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.136.099,07	3.832.264,19	3.618.299,00	71.904,50	0,00	41.421.968,76	25.262.471,07	3.192.447,69	3.501.756,00	24.953.162,76	15.873.828,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.180.869,71	595.807,78	0,00	+ 11.297.527,85	0,00	1.479.149,64	0,00	0,00	0,00	1.479.149,64	12.180.869,71
	454.604.273,41	10.132.883,36	3.618.299,00	0,00	164.329,33	460.954.328,44	350.763.965,31	11.672.216,10	3.501.756,00	358.934.425,41	103.840.308,10
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
2. Beteiligungen	5.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00
3. Sonstige Ausleihungen	268.484,34	374.562,18	324.858,37	0,00	0,00	318.188,15	0,00	0,00	0,00	318.188,15	268.484,34
	323.484,34	374.562,18	324.858,37	0,00	0,00	373.188,15	0,00	0,00	0,00	373.188,15	323.484,34
	456.907.326,85	10.539.505,32	3.943.157,37	0,00	164.329,33	463.339.345,47	352.515.979,41	11.814.444,88	3.501.756,00	360.828.668,29	102.510.677,18

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal, Wuppertal

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

1. Grundlage des Unternehmens

Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal sind derzeit die Städte Wuppertal und Remscheid, die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und Stadtwerke Remscheid GmbH sowie die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH.

Die Stadt Wuppertal hat die AWG im Rahmen eines langfristigen Entsorgungsvertrages mit der Sammlung, Beförderung, Verwertung und Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrages sind seit dem Jahr 2002 auf den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergegangen, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrages u. a. der AWG und ihrer thermischen Behandlungskapazitäten bedient.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und den Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsverbund gegründet. Zum 1. Januar 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet den langfristigen Erhalt der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity profitiert im Rahmen von langjährigen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Verband von dieser kommunalen Kooperation, weil EKOCity so eine wirtschaftliche Auslastung der Thermischen Abfallbehandlungsanlage (TAB) der AWG mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet weitgehend sichert.

Der Entsorgungszweckverband und die in der Folge zu vereinbarenden vertraglichen Regelungen haben eine Laufzeit bis zum Ende des Jahres 2033.

Für die AWG begründet die Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit allen Verbandsmitgliedern und den eingebundenen Entsorgungsunternehmen – nun gesichert bis mindestens zum Jahr 2033 – eine positive wirtschaftliche Prognose.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Berichtsjahr 2025 haben die in der TAB behandelten Abfallströme im Vorjahresvergleich leicht abgenommen. Das Vorjahr 2024 war jedoch maßgeblich durch den Großbrand im Solinger Müllheizkraftwerk beeinflusst. Vor dem Hintergrund des turnusmäßigen einwöchigen Anlagenstillstandes und den damit verbundenen Einschränkungen konnte der Planansatz trotz gesunkener Gesamtmenge wiederum übertroffen werden.

Anlage 4/2

Nach wie vor ist die private Entsorgungswirtschaft bestrebt, besonders die werthaltigen Bestandteile der andienungspflichtigen Müllmengen den kommunalen Entsorgern zu entziehen. Um eine kommunalfreundliche Regelung für die wertstoffhaltigen Abfallfraktionen zu finden, unterstützt die AWG entsprechende Bemühungen, insbesondere des Verbandes der kommunalen Unternehmen (VKU).

Zudem gibt es weiterhin eine beträchtliche Anzahl privater Sammlungen, die wirtschaftlich spürbare Auswirkungen auf die Erlösseite der kommunalen Wertstoffsammlungen haben. Deshalb können die kommunalen Wertstoffsammlungen nicht in dem Maße zur Stabilisierung der Abfallgebühren beitragen, wie das bei alleinigem Zugriff auf die Wertstoffe im Abfall möglich wäre.

So werden werthaltige Materialien – insbesondere Schrott sowie trotz gesetzlichen Verbots auch Elektroaltgeräte – den Haushaltsabfällen entnommen und damit den kommunalen Sammlungen entzogen. Die zuvor beschriebenen wirtschaftlichen Auswirkungen werden durch zusätzliche gesetzliche Regelungen sowie eine entsprechende Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte aller Instanzen weiter verstärkt. Nach § 18 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) bedürfen gewerbliche Sammlungen lediglich einer Anzeige; sie unterliegen keinem Genehmigungsvorbehalt. Untersagungen sind daher nur unter engen gesetzlichen Voraussetzungen möglich und in der Praxis lediglich in Ausnahmefällen wirksam durchsetzbar. Auf diese Weise werden die kommunalen Sammlungen zunehmend zurückgedrängt.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen aus Haushalten hat die AWG im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes als beauftragter Dritter für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zu Grunde liegenden Entsorgungsvertrag (Laufzeit mind. 31.12.2052) mit der Stadt Wuppertal und durch die Verträge (Laufzeit mind. 31.12.2033) im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Die Behandlungsmenge der AWG lag im Jahr 2025 bei rund 432.000 Mg Abfällen aus Privathaushalten und Gewerbebetrieben. Wie im Vorjahr haben sich die kommunalen Mengen stabilisiert bzw. haben leicht zugelegt.

Im Berichtsjahr wurden mit Unterstützung von Fremdfirmen ca. 100 verschiedene kleine bis große Bereiche der Thermischen Abfallbehandlungsanlage im Rahmen des turnusmäßigen Anlagenstillstandes revidiert. Im Zuge der durchgeführten Maßnahmen wurde unter anderem die südwestliche Wand des Müllbunkers sandgestrahlt und mit neuem Beton instandgesetzt. Zudem wurde die komplette Kaminmündung saniert.

Die im Vorjahr im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojektes in der TAB installierten Versuchsanlagen zur CO₂-Abscheidung (Aminwäsche und Membrantechnologie) wurden im Berichtsjahr planmäßig demontiert. Die durchgeführten Versuche dienten der Evaluierung der Effizienz und Praxistauglichkeit beider Verfahren unter realen Betriebsbedingungen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden zu gegebener Zeit in eine Machbarkeitsstudie für eine großtechnische CO₂-Abscheideanlage mit einer Auslegungskapazität von circa 450.000 Mg CO₂ pro Jahr eingebracht. Parallel hierzu erfolgt die Prüfung weiterer Abscheideverfahren über die Aminwäsche und das Membranverfahren hinaus.

Im Berichtsjahr wurde darüber hinaus in Kooperation mit einem spezialisierten Technologieunternehmen ein Projekt zur KI-gestützten Prozessoptimierung der thermischen Abfallbehandlung initiiert.

Hierzu wird Sensorik an den Müllaufgabetrichern installiert, die eine automatisierte Charakterisierung des angelieferten Abfalls unmittelbar bei der Aufgabe ermöglicht. Die mittels Künstlicher Intelligenz ausgewerteten Daten – insbesondere zu Heizwerten und Störstoffanteilen – werden dem Betriebspersonal über ein Dashboard zur Verfügung gestellt und dienen perspektivisch als vorausschauende Stellgröße für die Feuerleistungsregelung. Die Fertigstellung und vollständige Integration des Systems ist in den nächsten Jahren vorgesehen.

Altmetalle sowie Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) sind, trotz volatiler Märkte und schwankender Erlöse, nach wie vor gefragte Wertstoffe, weil sie sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren. Sie verfolgt damit das Umweltziel der Kreislaufwirtschaft und trägt mit den Erlösen zur Stabilität der Abfallgebühren bei.

Der Markt für Alttextilien hat sich nach dem Einbruch im Vorjahr im Berichtsjahr auf sehr niedrigem Niveau eingependelt. Ein Absatz ist nur noch zu stark reduzierten Preisen bei zugleich höheren Qualitätsanforderungen möglich. Auch unter Berücksichtigung dieser Entwicklung sollten neue Absatzwege eröffnet werden, die zumindest einen sinnvollen Beitrag zur örtlichen Kreislaufwirtschaft leisten. So wurde im Berichtsjahr etwa die Hälfte der gesammelten Menge an die GESA-Gruppe Wuppertal als diakonischen Träger und langjährigen Partner verkauft. Dort werden die Kleidungsstücke mit reparierten Waschmaschinen gewaschen und bei Bedarf ausgebessert. Die hochwertigen Kleidungsstücke werden in einer GESA-Boutique in der Innenstadt sowie in einem GESA-Werksverkauf verkauft und die restliche Ware an weitere karitative Einrichtungen abgegeben.

Im Auftrag der Dualen Systeme wird die AWG auch in den kommenden drei Jahren die Depotcontainer für Altglas in Wuppertal stellen, leeren und das Altglas dem Recycling zuführen. Aus der europaweiten Ausschreibung im Berichtsjahr ist die AWG als Gewinner hervorgegangen. Mit der Dienstleistung im Auftrag der Dualen Systeme sichert die AWG außerdem 2 Arbeitsplätze.

Das Berichtsjahr markiert das sechste Jahr, in dem das „Wuppertaler Modell“ von AWG, WSW und E-KOCity auf den Straßen der Bergischen Metropole erlebbar ist: Wasserstoff-Busse der WSW sind nahezu emissionsfrei, geräuscharm und zuverlässig im ÖPNV Wuppertals unterwegs.

Die Elektrifizierung des AWG-Fuhrparks schreitet ebenfalls weiter voran. Der PKW-Fuhrpark war im Berichtsjahr bereits komplett elektrisch unterwegs, bei den Nutzfahrzeugen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sukzessive vollelektrische Fahrzeuge beschafft. Darüber hinaus werden regelmäßig neue Fahrzeuge getestet.

Im Berichtsjahr wurde die Errichtung der Bodenrecyclinganlage im Wuppertaler Stadtteil Vohwinkel als Gemeinschaftsprojekt mit den WSW erfolgreich abgeschlossen. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgte im dritten Quartal 2025. Durch die Aufbereitung von Bodenaushub städtischer Baustellen soll eine Reduktion der CO₂-Emissionen um voraussichtlich 75 Prozent erzielt sowie der Bedarf an Primärrohstoffen aus Steinbrüchen signifikant verringert werden.

Anlage 4/4

Operativ wird die Anlage durch die BRA Bodenrecyclinganlage Wuppertal GmbH (BRA) geführt, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der AWG. Mit dem Projekt wurden am Standort acht neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bereits im Jahr 2023 wurde das Grundstück am Lüntenbecker Weg 8 erworben, um einen modernen Recyclinghof mit Schadstoffannahmestelle zu errichten. Diese Pläne wurden im Berichtsjahr deutlich erweitert, nun sollen zusammen mit dem Eigenbetrieb Straßenreinigung der Stadt Wuppertal (ESW) auf dem gemeinsamen neuen Betriebsstandort ein funktionaler Recyclinghof mit Schadstoffannahmestelle, Verwaltungs- und Sozialräume für die Mitarbeitenden, Abstellflächen für Nutzfahrzeuge sowie Lagerflächen entstehen. Die Ausschreibung für einen Generalplaner für den Neubau des gemeinsamen Betriebsstandortes wurde im Berichtsjahr veröffentlicht. Im zweiten Quartal 2026 soll das Vergabeverfahren beendet und der Zuschlag erteilt werden.

In bewährter Weise unterstützte die AWG auch im Berichtsjahr durch ihre Dienstleistungen viele Veranstaltungen in Wuppertal, unter anderem das Familienfest der Station Natur und Umwelt, das Sommerfest der Junior-Uni, das Fest rund um den Elisenturm und den Schwebebahnlauf. Darüber hinaus war die AWG zusammen mit dem ESW Gastgeber der Landesfachtagung Nordrhein-Westfalen des VKU e.V. Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit VKS 2025 in Wuppertal und hat wieder an der jährlichen Aktion „Wuppertal 24 Stunden live“ teilgenommen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die für den Geschäftsverlauf in den Bereichen Thermik sowie Sammlung und Transport maßgeblichen finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren stellen die Abfallmengen sowie das Jahresergebnis insgesamt und die Verteilung der Umsätze auf beide Bereiche dar.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Jahresergebnis gesamt

Das Jahresergebnis in Höhe von 8.080 T€ (Vorjahr 8.437 T€) konnte gegenüber dem Planansatz (4.846 T€) um 3.234 T€ gesteigert werden. Einer um 11.218 T€ gestiegenen Betriebsleistung – insbesondere höhere Umsatzerlöse (+ 9.285 T€) infolge einer stärker gestiegenen Abfallmenge, Mehrererlösen bei Schrott sowie periodenfremden DSD-Erlösen und einer höheren Dampferzeugung – stehen dabei im Wesentlichen um 7.863 T€ höhere Betriebsaufwendungen – insbesondere beim Materialaufwand – gegenüber.

Umsatzerlöse Sparte Thermik

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze von 107.823,7 T€ (Vorjahr 99.891,0 T€) resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von 65.393,7 T€ (Vorjahr 62.233,8 T€). Daneben sind u. a. weitere Umsatzerlöse aus der Energieabgabe und aus Schrotterlösen erzielt worden.

Umsatzerlöse Sparte Sammlung und Transport

Von den Umsätzen aus Sammlung und Transport von 39.464,9 T€ (Vorjahr 34.228,6 T€) entfallen unverändert mehr als die Hälfte auf die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit. Diese umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von 20.244,7 T€ (VJ 19.484,7 T€).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von 670,7 T€ (VJ 616,6 T€) realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.649 gegenüber dem Vorjahr mit 5.680 weitestgehend konstant.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (2.009,8 T€) und Altkleidern (189,7 T€) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (99,5 T€).

Darüber hinaus wurden Abrechnungen im Bereich der Mitbenutzung des PPK-Erfassungssystems durch die Betreiber der dualen Systeme nach erfolgter Einigung für die Kalenderjahre 2024 und 2025 im Berichtsjahr für das Vorjahr nachgeholt, so dass periodenfremde Erträge in Höhe von rd. 1.927 T€ nebst den entsprechenden Erlösen für das Berichtsjahr realisiert wurden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2024 reduzierte sich die in der TAB angelieferte Abfallmenge um 16.434 Mg auf 432.771 Mg gegenüber 449.205 Mg im Vorjahr.

Grundsätzlich wird von einer Planmenge in Höhe von 415.000 Mg ausgegangen.

Im Berichtsjahr wurden bei Sammlung und Transport im Bereich Haus- und Sperrmüll 80.904 Mg (VJ 84.378 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben.

Davon wurden 69.695 Mg (VJ 67.295 Mg) der Verbrennungsanlage zugeführt. Die darüber hinausgehende Menge wurde dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2025 beträgt 499 gegenüber 481 zum 31.12.2024.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 39.219,7 T€ (Vorjahr 37.276,9 T€).

Umweltschutz

Der Standort der thermischen Abfallbehandlungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2025 im Rahmen eines Audits einer erfolgreichen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung (EfbV) durch die TÜV Rheinland Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung nach EfbV für den Bereich „Sammlung und Transport“ durch die DEKRA Certification GmbH.

Im Berichtsjahr wurde das Umweltmanagementsystem nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) erfolgreich eingeführt und durch die Müller-BBM Cert Umweltgutachter GmbH validiert. Die Ver-

Anlage 4/6

Öffentlichung der Umwelterklärung erfolgte ebenfalls im Berichtszeitraum. Damit werden zugleich sämtliche Anforderungen der DIN EN ISO 14001 erfüllt.

Nachhaltigkeit

Die AWG berichtet seit 2019 transparent über ihre Nachhaltigkeitsleistungen im DNK. Aufgrund regulatorischer Unsicherheiten und des späten Relaunchs der DNK-Plattform wurde für 2024 kein separater DNK-Bericht erstellt. Stattdessen wird die AWG für 2024 und 2025 einen kombinierten Nachhaltigkeitsbericht nach VSME veröffentlichen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2025 und 2024 wie folgt dargestellt:

	31.12.2025		31.12.2024	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	102.511	72,2	104.392	71,2
Umlaufvermögen	39.322	27,7	42.113	28,7
Aktive RAP	223	0,1	112	0,1
	<u>142.056</u>	<u>100,0</u>	<u>146.617</u>	<u>100,0</u>
Eigenkapital	21.000	14,8	20.000	13,6
Rückstellungen	22.808	16,1	25.599	17,5
Verbindlichkeiten				
- langfristig	65.931	46,4	72.150	49,2
- kurzfristig	32.317	22,7	28.868	19,7
	<u>142.056</u>	<u>100,0</u>	<u>146.617</u>	<u>100,0</u>

Die Reduzierung der Bilanzsumme um rd. 4.561 T€ wird maßgeblich durch die Reduzierung des Umlaufvermögens (2.791 T€) beeinflusst.

Die Passivseite der Bilanz wird durch eine Reduzierung der langfristigen Verbindlichkeiten (6.219 T€) geprägt.

Das Anlagevermögen reduzierte sich im aktuellen Geschäftsjahr, da die Abschreibungen höher als die Investitionen ausfielen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich durch die vereinbarten Tilgungen um insgesamt 6.219,2 T€. Es wurde kein neues Darlehen aufgenommen.

Zusätzlich reduzierten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt um 1.139,2 T€, während sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 3.675,6 T€ erhöhten.

Zur Stärkung der Eigenkapitalquote wurde eine Einzahlung in Höhe von insgesamt 1.000 T€ durch die Gesellschafter geleistet.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2025

	2025	2024
	T€	T€
Periodenergebnis	8.080	8.437
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	11.814	10.063
Abnahme der langfristigen Rückstellungen	- 1.333	- 2.268
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	- 233
Cashflow des Jahres	18.561	15.999
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 5.325	- 2.246
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.091	2.172
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 376	- 136
Zinsaufwendungen/Zinserträge	1.405	519
Sonstige Beteiligungserträge	- 548	- 600
Ertragsteueraufwand/-ertrag	2.023	2.076
Ertragsteuerzahlungen	- 1.390	- 1.323
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	15.441	16.461
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 32	- 151
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	493	198
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 9.968	- 20.504
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	325	210
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 375	- 279
Erhaltene Zinsen	318	900
Erhaltene Dividenden	548	600
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 8.691	- 19.026
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	1.000	0
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	12.700
Einzahlungen aus der Forderung gegen den Gesellschafter	0	15.760
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	- 6.219	- 5.161
Gezahlte Zinsen	- 1.456	- 1.186
Gezahlte Dividenden an Gesellschafter	- 8.080	- 8.437
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 14.755	13.676
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 8.005	11.111
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	18.025	6.914
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.020	18.025

Anlage 4/8

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt. Neben den vorhandenen liquiden Mitteln stehen ausreichend verbindliche und derzeit nicht in Anspruch genommene Kreditlinien in Höhe von 0,5 Mio. Euro zur Verfügung. In besonderen Fällen kann ggf. auf Finanzierungsmöglichkeiten im Konzernverbund und/oder bei den kommunalen Gesellschaftern zurückgegriffen werden. Die finanzielle Lage der AWG ist insbesondere auf Grund der bestehenden Verträge als ausgesprochen gut einzustufen.

Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

	2025	2024	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse Thermik	107.824	99.891	7.933
Erlöse Sammlung und Transport	39.465	34.229	5.236
Erlöse Autorecycling		827	-827
Erlöse	147.289	134.947	12.342
Materialaufwand	69.197	62.434	6.763
Personalaufwand	39.220	37.277	1.943
Abschreibungen	11.814	10.063	1.751
Betriebskosten	10.497	9.760	737
Verwaltungskosten	2.336	2.350	-14
übrige betriebliche Aufwendungen	4.312	3.515	797
sonst. betriebliche Erträge	2.053	1.783	270
Betriebsergebnis	11.966	11.331	635
Beteiligungsergebnis	548	600	-52
Zinsen und ähnliche Erträge	318	900	-582
Zinsaufwendungen	1.723	1.419	304
Finanzergebnis	-856	81	-937
Ergebnis vor Steuern	11.109	11.412	-303
Steueraufwand	3.029	2.975	54
Ergebnis vor Abführung	8.080	8.437	-357
Aufwand Ergebnisabführung	8.080	8.437	-357
Jahresergebnis	0	0	0

Die Mehrerlöse gegenüber dem Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus der Steigerung der Erlöse aus Abfallgebühren (760 T€), der Erhöhung des Betriebsführungs- und Pachtentgeltes für die TAB (1.596 T€), den periodenfremden DSD-Erträgen (1.927 T€), den entsprechenden DSD-Beteiligungserlösen (1.982 T€) für das Berichtsjahr, dem Pachtentgelt für die Bodenrecyclinganlage (1.008 T€), der marktpreisbedingten Steigerung der Nebenerlöse (2.138 T€) sowie der Erhöhung der BEHG-Umlage in Höhe von rd. 1.616 T€, die sich 1:1 in den Materialaufwendungen widerspiegelt.

Der weitere Zuwachs der Materialaufwendungen ist maßgeblich durch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Anlagenstillstandes der TAB nebst Rostaschenaufbereitungsanlage geprägt, die entsprechend gegenfinanziert sind.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden nachfolgende wesentliche Investitionen durchgeführt:

Leittechnik	2.747,5	T€
Bodenrecyclinganlage	2.633,0	T€
Fahrzeuge	2.269,8	T€
Wertstoffcontainer/Mulden/Pressen	492,5	T€
Erneuerung der IT	336,4	T€
3 Müllgreifer	227,8	T€
KI-Sensorik Müllaufgabe	209,5	T€
Drucker	143,3	T€
Analysemessungen	102,3	T€

Finanzierungsmaßnahmen

Für die Finanzierung der Bodenrecyclinganlage wurde bereits im Vorjahr ein Darlehen aufgenommen und ausgezahlt. Die vorstehenden Investitionen erfolgten ansonsten aus dem Cash-Flow der laufenden Geschäftstätigkeit und werden bedarfsweise nach Abschluss der einzelnen Maßnahmen nachfinanziert.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Jahresergebnis in Höhe von 5,4 Mio. Euro erwartet. Dabei wird eine Planmenge in Höhe von insgesamt 415.000 Mg Abfall unterstellt. Einmalige Sondereffekte, wie im Berichtsjahr, können nicht prognostiziert werden. Für die folgenden Geschäftsjahre rechnet die AWG aufgrund der bestehenden Verträge mit einem vergleichbaren Ergebnis.

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Die AWG entwickelt ihr Geschäftsmodell fortlaufend strategisch weiter. Hierzu gehört seit 2018 die erweiterte Fernwärmeauskopplung und die Inbetriebnahme der Fernwärmeverbindung mit dem Talnetz der WSW.

Die Verlängerung der Entsorgungskooperation „EKOCity“ wird die Auslastung der TAB der AWG mindestens bis 2033 weitestgehend sicherstellen.

Risikobericht

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen:

Entwicklung der Energieerlöse

Die Energieerlöse werden maßgeblich durch die Entwicklung der Gas- und Strompreise beeinflusst.

Eintrittswahrscheinlichkeit: Sehr wahrscheinlich

Finanzielle Auswirkungen: Mittel

Die AWG beobachtet kontinuierlich Markt- und Rahmenbedingungen und prüft Maßnahmen zur Optimierung der Energieerzeugung, beispielsweise die Ballierung zur bedarfsgerechten Zuführung von Abfällen zur thermischen Behandlung.

Entwicklung der Wertstoffertlöse

Veränderte Wertstoffertlöse wirken sich auf das wirtschaftliche Ergebnis aus. Durch Preisschwankungen und unterschiedliche Nachfragemengen bei den einzelnen Qualitäten kann es zu Schwankungen bei der Vermarktung der Wertstoffe aus der Rostaschenaufbereitung kommen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: Wahrscheinlich

Finanzielle Auswirkungen: Mittel

Die AWG beobachtet kontinuierlich den Markt und leitet entsprechende Maßnahmen ab.

Emissionshandel

Nach der Festpreisphase in den Jahren 2024 und 2025 ändert sich die Handelssystematik der Emissionszertifikate im Jahr 2026 grundlegend.

Während einer zeitlich und mengenmäßig begrenzten Auktionsphase werden Zertifikate in einer Preisspanne von 55 bis 65 € je Zertifikat zugeteilt. In der anschließenden Verkaufsphase (November/Dezember 2026) beträgt der Preis 68 € je Zertifikat. Für die Nachkaufphase im Folgejahr ist ein Preis von 70 € vorgesehen. Die für 2027 vorgesehene Ablösung des nationalen Brennstoffemissionshandels durch das europäische Emissionshandelssystem ist verschoben worden. Sollte das europäische Emissionshandelssystem eingeführt werden, ist mit höheren und volatileren Marktpreisen für CO₂-Zertifikate zu rechnen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: Sehr wahrscheinlich/sicher

Finanzielle Auswirkungen: Hoch

Die AWG beobachtet kontinuierlich die regulatorischen und marktlichen Rahmenbedingungen und bewertet fortlaufend mögliche Auswirkungen auf die Kostenstruktur.

Zur Identifikation und Ableitung geeigneter Maßnahmen zur Kostenreduzierung erfolgt ein enger Austausch mit dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) sowie der Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD). Darüber hinaus werden politische Entwicklungen aktiv begleitet.

Gesamtbewertung der Chancen- und Risiken

Durch die bestehenden Verträge mit der Stadt Wuppertal und EKOCity ist die Auslastung des Transportbereiches und der thermischen Abfallbehandlungsanlage langfristig bei einer kostendeckenden Erlössituation und einem entsprechenden Unternehmensertrag gesichert.

Die Risiken haben einzeln betrachtet und in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Zukünftig könnten sich Risiken aus der gewöhnlichen unternehmerischen Tätigkeit ergeben, die aus dem Markt, aus der Konjunktorentwicklung oder aus veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen resultieren. Allerdings werden aktuell für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine weiteren wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Liquiditätslage der AWG ist weiterhin als gut zu bezeichnen, es sind auch zukünftig keine finanziellen Engpässe zu erwarten. Zu den in der AWG bestehenden Finanzierungsinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen sowie die bestehenden Guthaben bei Kreditinstituten. Bei dem Finanzierungsmanagement verfolgt die Gesellschaft eine sehr konservative Risikopolitik. Vorhandene Geldüberschüsse werden auf kurzfristige Geldanlagen angelegt, jegliche spekulative Geldanlage wird seitens der Geschäftsführung streng vermieden.

Wuppertal, 27. Februar 2026

gez. Sascha Grabowski
gez. Olaf Schmidt

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.



Anlage 5/2

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wuppertal, den 31. März 2026



Breidenbach und Partner PartG mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwältin


(Black)
Wirtschaftsprüfer


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer